

DEUTSCHE KOHLE – DER WIDERSTAND IM WIPFEL WÄCHST

Ein Bericht von Sebastian Drescher

AM TAGEBAU HAMBACH IM RHEINISCHEN REVIER KÄMPFEN UMWELTAKTIVISTEN SEIT JAHREN GEGEN DIE BRAUNKOHLE. BALD IST NICHT MEHR VIEL DA, WAS SIE NOCH RETTEN KÖNNEN.

Der Ort, an den Lobo Besucher zuerst führt, ist ein Erdwall am Waldrand. Von dort habe man einen guten Blick auf das Desaster, meint die junge Frau im schwarzen Kapuzenpulli. Ein paar Meter weiter fällt der Boden plötzlich ab, tief hinunter in die Grube des Braunkohlebaus Hambach. Seit Jahrzehnten graben sich dort Schaufelradbagger in die Erde. Wo früher Wald und Ackerland waren, ist heute ein riesiger Krater, 43 Quadratkilometer groß, bis zu 370 Meter tief. Eine menschengemachte Mondlandschaft, am Horizont stehen Dampf Wolken über den Kühltürmen der Kohlemeiler Neurath und Niederaussem.

Für RWE, die Betreiberin des Tagebaus Hambach, ist das Loch viel Geld wert. 40 Millionen Tonnen Braunkohle holt der Energiekonzern jährlich aus der Erde. Dazu kommen die Erträge aus den benachbarten Gruben Garzweiler und Inden. Die Braunkohle, die RWE im Rheinischen Revier fördert und verfeuert, macht das Unternehmen zum größten CO₂-Verursacher Europas.

Lobo macht all das nur wütend: «Es geht immer um Profit», sagt sie. In Deutschland rede man viel über Klimaschutz und Energiewende, lasse aber gleichzeitig zu, dass die Kohleförderung die Natur und den Lebensraum der Menschen zerstöre. Heuchlerisch sei das. Aber nicht mit ihr: Sie stelle sich dem entgegen.

Im Hambacher Forst am Rande des Tagebaus ist sie damit nicht alleine. Lobo ist eine von Dutzenden Aktivistinnen, die den Wald seit fünf Jahren besetzen. Ihren richtigen Namen will die Mittzwanzigerin nicht verraten, auch nicht, wo sie herkommt. Gegen die «Waldmenschen» gibt es immer wieder Anzeigen. Deshalb bleiben sie lieber anonym.

Der «Hambi», wie die Besetzer ihre Wahlheimat nennen, ist ein uralter Mischwald. Zwischen Stieleichen und Hainbuchen leben Haselmäuse, Wildschweine und seltene Spechtarten. Die Baumhöhlen der Fledermäuse im vordersten Waldstreifen sind mit Plastikfolie zugeklebt, auch die Ameisenhaufen wurden schon versetzt. Es sei alles vorbereitet für die nächsten Rodungen, meint Lobo.

**«FREIWILLIG GEBE ICH NICHT AUF. DAFÜR RISKIERE ICH AUCH,
VERHAFTET ZU WERDEN.»**

AKTIVISTIN LOBO

Um das zu verhindern, leben die Aktivisten rund um das Jahr in Baumhäusern. Je höher sie sind, desto schwerer sind sie zu räumen. Manche thronen deshalb in über 20 Metern Höhe in den Baumwipfeln, von unten wirken sie wie große Vogelnester. In «Gallien», einem Walddorf mit Gemeinschaftsräumen, Küchenzelt und Spülecke, sind die Behausungen mit Seilen und Netzen verbunden. Wenn unten die Polizei die Besetzer belagert, wollen sie so lange wie möglich da oben bleiben, sagt Lobo.

Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Werkschutz von RWE. Als der im Herbst Barrikaden aus Ästen und Stacheldraht räumte, wurden laut Polizei Einsatzfahrzeuge mit Flaschen beworfen und Polizisten angegriffen. Der Aachener Polizeipräsident sprach später von einer «gewaltbereiten Anarcho-Szene im Wald».

Ja, sie verstehe sich als Anarchistin, meint Lobo. Sie könne nur für sich selbst sprechen. Ihr gehe es vor allem um Kapitalismuskritik und eine alternative, konsumkritische Lebensweise. Und die Gewalt? «Ist es etwa keine Gewalt, wenn durch unsere CO₂-Schleudern die Ozeane versauert und der Lebensraum der Menschen im globalen Süden zerstört werden?», fragt sie.

Die Fronten sind verhärtet: Die Waldbesetzer fühlen sich kriminalisiert, die Polizei muss RWE bei der Durchsetzung des Hausrechts zur Seite stehen. Sollten über den Winter, wie vorgesehen, weitere 70 Hektar gerodet werden, wird ein wichtiger Teil des alten Waldes verschwinden – und mit ihm viele der Baumhäuser.

Der festgefahrene Streit am Rande des Hambacher Tagebaus ist Symbol für einen viel größeren Konflikt: den um die Zukunft der Kohlekraft. Deren CO₂-Emissionen machen Experten mitverantwortlich dafür, dass Deutschland sein Klimaziel für 2020 wohl deutlich verfehlen wird. Während die Erneuerbaren zulegen und die Atomenergie an Bedeutung verliert, haben Stein- und Braunkohle noch immer einen Anteil von rund 40 Prozent an der Stromproduktion.

Weil die Erzeuger gleichzeitig acht Prozent des in Deutschland produzierten Stroms ins nahe Ausland verkaufen, könnten schon heute mehrere Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, ohne die Versorgung zu gefährden, meinen Forscher der Agora Energiewende. Noch wichtiger aber sei, möglichst bald einen gesellschaftlichen Konsens über den Kohleausstieg zu erreichen, statt jahrelang einen Fundamentalkonflikt zu führen, warnt die Denkfabrik in einem Strategiepapier.

Antje Grothus weiß, wie schwer es sein kann, beim Thema Kohle Kompromisse zu finden. Die 53-Jährige lebt in Buir, einem Dorf auf der anderen Seite des Hambacher Waldes. Eine Umsiedlung wie den Menschen in den Nachbarorten Manheim oder Morschenich droht den Buirer zwar nicht. Aber als vor zwölf Jahren die Autobahn A4 dem Tagebau weichen musste und eine neue Trasse direkt am Ortsrand geplant wurde, waren auch die Buirer plötzlich direkt betroffen. Und läuft alles so weiter wie bisher, wird sich die Grube eines Tages bis auf 200 Meter vor die Gemeinde erstrecken.

Grothus gründete mit anderen Mitstreitern die Initiative «Buirer für Buir». Sie sammelten Geld mit Benefizveranstaltungen und ließen Lärm- und Feinstaubgutachten erstellen. Zwei private Kläger aus Buir zogen gegen den Autobahnbau vor Gericht – ohne Erfolg. Die Initiative trug symbolisch die Lebensqualität zu Grabe – und machte weiter. Es sei mehr und mehr um Natur- und Klimaschutz gegangen, erinnert sich Grothus. Die studierte Ernährungswissenschaftlerin trieb die Vernetzung mit anderen Bündnissen voran, kümmerte sich um Öffentlichkeitsarbeit und investierte immer mehr Zeit und Energie in den Kampf gegen Kohle und Klimawandel.

2016 stellte die Initiative ihren Plan «Rote Linie» vor. Die Kernforderung: Drei Viertel der Kohle im Tagebau Hambach sollten im Boden bleiben, der Abbau nicht wie geplant 2045, sondern schon 2020 beendet werden. «Damit könnte das Land Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zu den vereinbarten CO₂-Einsparungen leisten», erklärt Grothus. Die Reste des Hambacher Forst blieben bestehen. Und an der alten A4 am Rande der Grube, die irgendwann geflutet werden soll, könnten ein Badestrand, Veranstaltungsorte und ein Tagebaumuseum entstehen. Eine utopische Zukunftsvision. Aber eine Perspektive für die Gemeinde.

Bei der Vorstellung in der Kerpener Stadtverwaltung sei das Konzept freundlich registriert worden, erzählt Grothus. Mehr aber auch nicht. Der Tagebau prägt die Region seit Jahrzehnten. Zwar ist die Zahl der Arbeitsplätze im Rheinischen Braunkohlerevier auf rund 9.000 zurückgegangen. RWE habe aber noch immer viel politischen Einfluss, meint Grothus: «Der Energiekonzern hat wie eine Krake seine Arme überall in der Lokalpolitik.»

Auch in Buir selbst sind längst nicht alle von den Ideen der Initiative begeistert. Es gebe viele, die mit dem Thema abgeschlossen hätten oder den Tagebau gutheißen würden, meint Grothus. RWE habe sich mit seiner Unterstützung für Vereine und soziale Einrichtungen in den vergangenen Jahrzehnten viel Sympathie erkaufte, kritisiert sie. Das bekämen sie und ihre Mitstreiter zu spüren. Schlimm sei vor allem die Hetze in den sozialen Medien.

An ein Einlenken von RWE glaubt Grothus nicht: «Es gibt keine Bereitschaft zum Dialog.» Sie setzt auf politischen Druck, hofft auf Signale aus Berlin. Und sie or-

ganisiert Protestaktionen wie die «Rote Linie», bei der sich eine Menschenkette symbolisch dem Tagebau in den Weg stellt. Der dreifachen Mutter geht der zermürbende Kampf gegen die Umweltzerstörung nahe. Als während der Klimakonferenz im November 2017 Aktivisten aus der Südsee das Rheinische Revier besuchen, sagt sie mit belegter Stimme: «Es ist schlimm anzusehen, wie die Bagger hier alles verschlingen. Wir tragen euch gegenüber eine historische Schuld, weil wir das zulassen.»

So nennen sich die Aktivisten, die an diesem Tag gemeinsam mit den Buirern eine Mahnwache am Rande des Tagebaus halten – und von den drastischen Folgen der Erderwärmung für die südpazifischen Inselstaaten berichten. «Wir leben nur zwei Meter über dem Meeresspiegel. Jede Flut zerstört Häuser und lässt die Felder versalzen», erzählt Kathy Jetnil-Kijiner von den Marshallinseln. Das sei früher nicht so häufig geschehen. Irgendwann bleibe von den Atollen nicht mehr übrig als Sand und Stein. Zwar könnten die rund 70.000 Bewohner der Inseln in die USA übersiedeln, aber «die meisten wollen nicht weg. Wir hängen an unserem Land.»

Als Opfer aber wollen die Klimakrieger nicht dastehen. Sie führen ihren eigenen Kampf gegen die Verursacher des Klimawandels. So wie der Exil-Tongaer Joseph-Zane Sikulu, der sich in seiner Wahlheimat Australien in der Anti-Kohlebewegung engagiert. Deren Protest richtet sich derzeit vor allem gegen den indischen Bergbaukonzern Adani, der im australischen Queensland eine gigantische Kohlemine in Betrieb nehmen will. Die Bewegung versuche zu verhindern, dass die Finanzierung des Projekts zustande komme, erklärt Sikulu. Aber auch der aktive Protest gehöre dazu: «Wenn es nötig ist, dann muss man sich auch vor die Maschinen ketten. Oder einen Wald besetzen, so wie hier.»

Während andernorts neue Kohlegruben geplant werden, haben die Aktivisten im Rheinland die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass zumindest Teile des alten Hambacher Forsts verschont bleiben. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) versucht seit Jahren gerichtliche gegen die weitere Abholzung des Waldes vorzugehen. Dieser erfülle alle Kriterien für eine Ausweisung als europäisches Schutzgebiet. Der Wald sei Lebensraum für seltene Tierarten wie die Bechsteinfledermaus, die unter Artenschutz stehen. Das sei bei der Genehmigung der Abbaurechte nicht berücksichtigt worden.

Durchsetzen konnten sich die Umweltschützer damit bislang nicht. Am 24. November 2017 wies das Verwaltungsgericht Köln in erster Instanz die Klage gegen die Fortführung des Tagebaus zurück. Auch ein möglicher Vergleich war zuvor am Widerstand von RWE gescheitert: Die Richter hatten vorgeschlagen, den Hambacher Forst so lange wie möglich zu verschonen, bis Klarheit über den Kohleausstieg bestehe. Der BUND will nun weiter vor Gericht für den Erhalt des Waldes kämpfen.

Lobo und die anderen Besetzer im «Hambi» wollen sich jetzt erst recht gegen die drohende Rodung und die Räumung zu Wehr setzen. Statt auf Ausgleich und Kompromiss stehen die Zeichen im Rheinischen Braunkohlerevier einmal mehr auf Frontalkonflikt.

Nachtrag 30.11.17: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat vorgestern einen vorläufigen Stopp der Rodungen im Hambacher Forst durchgesetzt. Dieser gilt, bis das Gericht über die BUND-Beschwerde gegen den vorangegangenen Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln entschieden hat. Der BUND fordert die Landesregierung von NRW auf, einen Kompromiss zum Schutz des Waldes zu finden.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.